

Neustart des Weltlaufs? Fiktion und Faszination der Zeitenwende

Herausgegeben von
Karsten Fischer

Die Jahrtausendwende wird in der westlichen Welt als epochales Ereignis angesehen. Man wähnt sich am Beginn einer neuen Ära und erwartet einen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen *Neustart des Weltlaufs*. Die Relevanz des im vorliegenden Band unternommenen Nachweises historischer Vorläufer aktueller *fin de siècle*-Phänomene liegt auf der Hand: Das Wissen um frühere Neustart-fiktionen beeinträchtigt die Glaubwürdigkeit der gegenwärtigen, denn je öfter die Welt schon in ein epochal neues Zeitalter einzutreten versprochen, das sich schließlich doch nur als ein marginal neuer Abschnitt herausstellte, desto unglaubwürdiger ist diese Verheißung – auch für Kulturen und »Welten« gilt, daß Totsagte länger leben!

1999

Suhrkamp

»Die alte Schönheit ist nicht mehr wahr,
und die neue Wahrheit ist noch nicht schön«

*Epochenwahrnehmungen und Zukunftsvorstellungen
der republikanischen Kräfte in der Weimarer Republik*

Der Sozialdemokrat Georg Decker versuchte 1929 das herzlich ungemütliche Gefühl des Verlusts und der Unangepasstheit in seiner Partei, die doch die »Staatspartei der Republik« war, in paradoxer Formulierung einzufangen: »Die alte Schönheit ist nicht mehr wahr, und die neue Wahrheit ist noch nicht schön.« Mit dieser Abwandlung eines Zitates aus Henrik Ibsens »Welthistorischem Schauspiel« brachte er die Selbst- und Epochenwahrnehmung der Sozialdemokratie nüchtern-realistisch auf den Begriff. Decker, Redakteur des sozialdemokratischen Theorieorgans »Die Gesellschaft«, differenzierte Schönheit und Wahrheit, temporalisierte sie entlang von Alt und Neu und benutzte beide Begriffe, um die Weimarer Sozialdemokratie von der des Kaiserreichs zu unterscheiden. Gemeint war damit der Kontrast zwischen der Selbstbezogenheit einer gefestigten Milieupartei in struktureller Opposition vor 1914 und der sorgenvollen Miene staats- und republiktragender Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung nach 1918.¹

Die Weimarer Republik war nicht zuletzt ihr Geschöpf. Für Sozialdemokraten markierte die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie eine scharfe Zäsur zum nur teilweise parlamentarisierten Kaiserreich, wo der Reichskanzler dem Führer der größten Partei, der Sozialdemokratie, nur ein einziges Mal persönlich begegnet war: auf der Treppe des

¹ Georg Decker [ursprünglich: Georg Jury Denicke], »Offenbarungen der Tat«, in: *Die Gesellschaft*, Bd. 9, 1929, S. 224-235, hier 224.

Reichstages. Nach 1919 glaubten sich die Sozialdemokraten ihrem Ziel, über demokratische Wahlen Staat und Gesellschaft in ihrem Sinne zu verändern, ein entscheidendes Stück näher. Allgemeine und gleiche Wahlen konnten – so die gängige Einschätzung – nach den gewaltigen Stimmenzuwächsen der Partei seit 1890 nur zu sozialdemokratischen Mehrheiten führen. »Die Arbeiterschaft ist nicht nur die zahlenmäßig stärkste Klasse, sondern sie verfügt einschließlich ihrer Familienangehörigen über die absolute Mehrheit des Volkes. Will sie den Aufstieg ernstlich, dann braucht sie nur den richtigen Gebrauch vom Wahlrecht zu machen.«²

Die grenzenlose Ernüchterung folgte auf dem Fuße. Die Verantwortung für die Niederschlagung kommunistischer Aufstände 1919/20, die Außenpolitik nach der Weltkriegsniederlage und eine sich Zug um Zug verschlechternde ökonomische Situation verfestigten den Eindruck, in Zeiten von »great disorder« (Gerald Feldman) zu leben. Die Frustration in der Mehrheitssozialdemokratie hatte im Sommer 1920 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Als die Parteien der Weimarer Koalition bei den Juniwahlen 1920 die parlamentarische Mehrheit verloren, um sie nie mehr zurückzugewinnen, war Erleichterung zu spüren, daß die Sozialdemokraten wieder ihre vertraute Oppositionsrolle einnehmen durften.³

Die illusionslose Formulierung Georg Deckers zielte aus der Sicht eines unterschiedenen Republikaners auf den Zusammenhang zwischen Vergangenheitsdeutung, Epochenwahrnehmung und Zukunftserwartung. Sein Diktum stand für eines der in Weimar vorherrschenden Muster der Geschichtsdeutung. Generell durchkreuzten und vernetzten sich drei verschiedene Grundmuster der Deutung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Darin enthalten waren Grundan-

2 *Kasseler Volksblatt*, 08. 11. 1924 (Zum 9. November).

3 Zur SPD in der Frühphase der Weimarer Republik vgl. Heinrich A. Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924*, 2. Aufl. Bonn 1985.

nahmer über die »Struktur der Zeit und die Bewegungsrichtungen sowie die treibenden Kräfte von Geschichte«. Zum einunddominierte ein »modernes, zukunftsorientiertes und auf traditionelle Absicherungen weitgehend verzichtendes Deutungsmuster«, was vor allem unter reformistischen Sozialdemokraten seine Anhänger fand. Geschichte wurde hier als kontinuierlicher Prozeß gesehen, der durch menschliches Streben, Wissenschaft und Technik in Gang gehalten wurde. In schroffer Opposition hierzu stand – zum anderen – ein archaisch-mythisch-zyklisches Geschichtsbild, das von der ewigen Wiederkehr des Immergleichen ausging. Ein dritter Strang der Geschichtsdeutung säkularisierte die religiösen Heilsperspektiven und verlagerte den Ort der Erlösung vom Jenseits ins Diesseits.⁴

Geschichtsdeutungen, Epochenwahrnehmungen und Zukunftsvorstellungen werden als Indikatoren der politischen Kultur greifbar im Gedenken an richtungweisende Ereignisse der neueren Geschichte. Die Gedenktage dienten der fortlaufenden Vergewisserung der eigenen politisch-sozialen Epoche, des »Neuen« und des »Alten«. Die Epochenwahrnehmungen verdichteten sich in den Feiern der wichtigsten politischen Knotenpunkte der neueren Geschichte: des Reichsgründungstages (18. Januar), des Verfassungstages (11. August) und der Revolutionsfeiern (9. November). Dem Gedenken dieser drei markanten Daten kam ein Vergangenheits-, ein Gegenwarts- und ein Zukunftsbezug zu. Der Forschung dienten die politischen Gedenktage während der

4 Dietmar Schirmer, »Politisch-kulturelle Deutungsmuster: Vorstellungen von der Welt der Politik in der Weimarer Republik«, in: *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik*, hg. v. Detlef Lehnert/Klaus Megerle, Opladen 1989, S. 31–60, hier 33; vgl. Detlef Lehnert, »Staatspartei der Republik« oder »revolutionäre Kommunisten? Die Sozialdemokraten«, in: ebd., S. 89–113; *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik*, hg. v. Detlef Lehnert/Klaus Megerle, Opladen 1990; Dietmar Schirmer, *Mythos – Heilshoffnung – Modernität. Politisch-kulturelle Deutungscodes in der Weimarer Republik*, Opladen 1992.

Weimarer Republik bisher zum Ausweis der in weltanschauliche Lager und Milieus (Sozialdemokraten, politischer Katholizismus, Liberalismus, Konservatismus, Kommunismus) fragmentierten politischen Kultur, die zur politischen Konsensfindung zunehmend unfähig wurde.⁵ Im folgenden sollen zwei Gedenkkulturen näher betrachtet werden, die der SPD und des katholischen Zentrums. Welches waren die leitenden Periodisierungsmuster und Epochenwahrnehmungen dieser republiktragenden Kräfte? Welchen Epochenbegriff hatten sie von ihrer Schöpfung, der Weimarer Republik?

Epochenkonstruktion der Vergangenheit aus dem Geist der Opposition: Die Reichsgründungsfeiern

Die Reichsgründungsfeiern am 18. Januar waren der bevorzugte Ort der politischen Epochenkonstruktion des Kaiserreichs. Auffällig blieb, daß dem Reichsgründungsgedenken in der politischen Kultur der ältesten deutschen Partei, der SPD, vergleichsweise wenig Raum gewidmet war. Ursache hierfür war die unter sozialdemokratischen Parteiaktivisten verbreitete volkmarxistische Deutung der Vergangenheit, deren Periodisierung schwer mit einzelnen politischen Ereignissen in Deckung zu bringen waren. Zwar kannten nur die Parteintellektuellen das marxistische Phasenmodell der Geschichte bis in seine Einzelheiten. Dennoch spielten volkmarxistische Geschichtsbilder vom Aufstieg des Sozialismus in den Programmdebatten der unteren Parteigliedern eine erhebliche Rolle. Das Erfurter Programm von 1891 stellte eine solche Ikone der Ideologie dar und war noch

5 Vgl. Detlef Lehnert/Klaus Megerle, »Identitäts- und Konsensprobleme in einer fragmentierten Gesellschaft. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik«, in: *Politische Kultur in Deutschland*, hg. v. Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler, Opladen 1987, S. 80-95.

in den zwanziger Jahren fest im emotionalen Haushalt der Parteiaktivisten verankert. In diesem Sinne umriß ein ausgewiesener reformistischer Sozialdemokrat wie der Kasseler Bezirkssekretär Max Felgenträbe 1922 das politische Bekennnis seiner Partei: »Im Schoße des Kapitals wächst der Sozialismus heran, seine Geburt kostet dem Kapitalismus das Leben. Diesen Geburtskampf führt die Sozialdemokratie.«⁶ Um solche eingängigen Lösungen zu akzeptieren, mußte man kein Angehöriger der linken Parteiopposition oder der Klassenkampf-Gruppe sein. Für den Volksmarxismus der Parteiaktivisten ordnete sich vor diesem Hintergrund die Epochenwahrnehmung dem säkularen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus unter. Zäsuren wie die Reichsgründung oder die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung traten hinter dem Geburtskampf eines neuen sozialistischen Weltzeitalters zurück.⁷ Dieses Geschichtsbild ging einher mit der Selbstwahrnehmung als struktureller Opposition. Nicht zufällig verdichteten sich die Debatten um das Selbstverständnis der Partei daher immer wieder in der Koalitionsfrage, d. h. der Frage, ob die SPD in die Reichsregierung eintreten sollte bzw. ob die wirtschaftsliberale Deutsche Volkspartei in die preußische Regierung aufgenommen werden sollte.

Die allgemeine Epochenwahrnehmung des Kaiserreichs war mithin eingebettet in emotional stark besetzte Glaubenssätze des Welt- und Geschichtsverlaufs. Dennoch läßt sich wenigstens in Grundrissen eine spezifische Wahrnehmung des Zeitraums »Kaiserreich« nachzeichnen. Herausgehobene Orte der sozialdemokratischen Vergangenheitskonstruktion waren der fünfzigste und sechzigste Jahrestag der Reichsgründung, 1921 und 1931. Einen noch größeren Stellenwert

6 *Kasseler Volksblatt*, 07.04.1922.

7 Zur sozialdemokratischen Zukunftserwartung im Kaiserreich vgl. Lucian Hölscher, *Weltgericht und Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 1989.

nahm das Gedenken an die Reichsgründung im sozialdemokratisch geführten »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« ein. Daneben ließ sich die sozialdemokratische Epochenkonstruktion »Kaiserreich« vor allem in den Reaktionen auf die überbordende Zahl konservativer Gedenkanlässe (Bismarckfeiern, Sedantag, Sonnenwendfeiern) und im Gedenken an die Sozialistengesetze messen.⁸

Das sozialdemokratische Reichsgründungsgedenken betonte zwar die Diskontinuität, sah aber auch unverzichtbare Kontinuitätsmomente zum Kaiserreich. Der Diskontinuität entsprach der Gegensatz zwischen demokratischer Republik und autoritärem Kaiserreich, zumal die Sozialistengesetze die Erinnerungsarbeit weiter Teile der SPD noch in den zwanziger Jahren beherrschten. In jedem Parteibezirk fanden sich in der chronisch überalterten Parteiführung noch Eliten, deren Erinnerung an Verfolgung und Diskriminierung die Epochenkonstruktion ihrer Partei mitbestimmten. Zum 60. Jahrestag der Reichsgründung 1931 brandmarkten Sozialdemokraten die Tatsache, daß der erste deutsche Nationalstaat am 18. Januar 1871 durch die deutschen Bundesfürsten im Spiegelsaal von Versailles ohne das Volk und ohne eine Konstituante gegründet worden war. Sie betonten den Widerspruch zwischen der Bestimmung des Kaiserreichs als Fürstenstaat und zugleich als Verfassungsstaat, da das Kaiserreich von 1871 nicht nur eine Monarchie war, sondern auch auf einer Verfassung beruhte, die das allgemeine, freie und gleiche Wahlrecht enthielt. Das demokratische Wahlrecht relativierte den Gründungsakt von Versailles im Geiste der preußischen Militärmonarchie, der bewußt auf den einhundertseibzigsten Jahrestag der Krönung des ersten preußischen Königs am 18. Januar 1701 gelegt worden war. »Nicht der 18. Januar

8 Vgl. Richard Saage, »Die gefährdete Republik. Porträt der Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold«, in: *Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen*, hg. v. Richard Saage, Frankfurt am Main 1986, S. 277-301.

1871 ist ~~es~~ wirklicher Gedenktag des deutschen Volkes, sondern der 14. April 1871.«⁹ An diesem Tag war die Verfassung des Kaiserreichs verabschiedet worden. Außerdem wurden Sozialdemokraten nicht müde zu betonen, daß der Vorkriegsreichstag nur ein Schatten des Weimarer Reichstags gewesen war, daß es keine Reichsminister gegeben hatte und daß der Reichskanzler nur dem Kaiser und dem Bundesrat verantwortlich gewesen war. Dagegen hob sich die Weimarer Republik deutlich positiv ab durch Konstituante, Parlamentsherrschaft und Ministerverantwortlichkeit.¹⁰

Die Vergangenheitsdeutung der Sozialdemokraten bestand freilich nicht nur aus ideologischen Kontinuitäten und politischen Diskontinuitäten. Sie knüpfte auch bewußt an Vorstellungen des Kaiserreichs an, und zwar besonders deutlich an die der nationalen Einheit. Das Bekenntnis zur Nation hatte schon lange vor 1914 Eingang in die politische Kultur der Arbeiterbewegung gefunden. Nach 1919 betonten Sozialdemokraten die Verdienste der frühen Weimarer Reichsregierungen, die Einheit des Reichs gegen die Separatisten im Rheinland gerettet zu haben. 1931 titelte das Kasseler Volksblatt zur Sechzigjahrfeier der Reichsgründung: »Novembervbrecher retteten das Deutsche Reich! Die sozialdemokratischen Arbeiter schützen die nationale Einheit Deutschlands.«¹¹ Polemisch gegen die Dolchstoßlegende gerichtet, nahmen Sozialdemokraten entschieden für sich in Anspruch, wesentliche Errungenschaften des Kaiserreichs nach der Weltkriegsniederlage gerettet zu haben. Diese Position war freilich nicht das letzte Wort der SPD zur nationa-

9 *Das Reichsbanner*, 15.01.1925, zit. n. Lehnert, »Staatspartei der Republik« oder »revolutionäre Kommunisten«?, a. O., S. 93. Vgl. die Sonderbeilage zur Sechzigjahrfeier der Reichsgründung des *Kasseler Volksblattes* (17.01.1931) zu »Der 18. Januar vor 60 Jahren«.

10 Ebd.

11 *Kasseler Volksblatt*, Sonderbeilage 17.01.1931; zum nationalen Gedanken in der SPD vor 1914 vgl. Dieter Groh/Peter Brandt, »Vaterlandslose Gesellen«. *Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*, München 1992, S. 174-210.

len Frage. Noch in der Weimarer Republik hielt die SPD an ihrem großdeutschen nationalen Bekenntnis fest. Die Einheit von Volk und Staat war für die SPD erst dann geschichtsträchtig gewonnen, »wenn das Reich durch den Anschluß Deutsch-Osterreichs zur Heimat all derer geworden ist, die zu ihm wollen.«¹² Das Kaiserreich konnte für sie nicht die definitive Antwort auf die nationale Frage sein. Weimarer Sozialdemokraten fanden 1918/19 die nationale Frage in einer Weise definitiv beantwortet vor, gegen die sie im Kaiserreich immer gekämpft hatten.

Die sozialdemokratische Epochenkonstruktion brachte ideologische Prämissen des Volksmarxismus von einem geschichtlichen Geschichtsablauf gerne mit Anlässen in Verbindung, die diese Grundannahmen zu bestätigen schienen. Der demokratische Gehalt des politischen Systems vor 1918 richtete dagegen nur wenig aus. Die Reichsgründung 1871 und mehr noch die nachfolgenden Sozialistengesetze waren die »defining moments« für die Wahrnehmung und Deutung des Kaiserreichs. Beide Ereignisse stabilisierten das Rollenverhalten in der Opposition weit über 1918 hinaus, weil sie die dichotomischen Grundannahmen des Volksmarxismus in der kollektiven Erinnerung der Partei untermauerten. Die Vergangenheit schien zu bestätigen, was der Volksmarxismus schon immer gesagt hatte.

Hierin war die Epochenkonstruktion der SPD derjenigen des politischen Katholizismus verwandt, der in Königgrätz 1866 und dem Kulturkampf seit 1872 ähnliche »defining moments« besaß. Das Urteil über Bismarck und die preußische Monarchie fiel dort nicht weniger kritisch aus. Hinzu trat im Unterschied zur sozialdemokratischen Epochenkonstruktion ein gehöriger Schuß Modernitätskepsis. Um dies auszudrücken, griffen katholische Politiker, wie der hessische

¹² *Das Reichsbanner*, 17.01.1931, zit. n. Lehnert, »Staatspartei der Republik« oder »revolutionäre Kommunisten«⁵, a. a. O., S. 94.

Zentrumsabgeordnete Nuß, gerne auf die Titanic-Metapher zurück, also auf den Untergang des britischen Ozeandampfers Titanic im April 1912. »Am 2. August 1914 zog auch ein Ozeanrieser auf das hohe Meer des Weltkrieges hinaus. Tausende, die das Ufer säumten, begrüßten den Riesen, der aus gestattet war mit allen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik und einer Kultur, die man eher eine Überkultur nennen kann – nicht ahnend, daß das Schiff in eine große Gefahr geraten konnte.«¹³ Diese Modernitätskepsis verunsicherte die Epochenwahrnehmung der Gegenwart indessen nicht. Wie für die Sozialdemokraten, war der Lauf der Dinge auch hier vorgezeichnet: »Am christlichem Wesen wird einmal noch die Welt genesen.«¹⁴

»Die neue Gegenwart«: Die Verfassungsfeiern
und das »Werk von Weimar«

Die Weimarer Verfassung wurde von Sozialdemokraten vom Tag ihrer Verabschiedung an als etwas grundlegend Neues und als Bruch mit dem Kaiserreich verstanden.¹⁵ Stolz identifizierte sich der »Vorwärts« mit dem »Werk von Weimar«:

»Laßt andere jammern und klagen:
Wir haben zu neuer Fahrt
Die Fahnen gehisst und tragen
Die neue Gegenwart!«¹⁶

¹³ Versammlungsbericht der Feier zum 50jährigen Bestehen des Fuldaer Zentrums und Redetext der Festrede, in *Fuldaer Zeitung*, 13.01.1921.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Vgl. Peter Steinbach, *Sozialdemokratie und Verfassungsverständnis: zur Ausbildung einer liberaldemokratischen Verfassungskonzeption in der Sozialdemokratie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Opladen 1983; ders., »Aus dem Reichsfeind von früher ist der Verteidiger der Republik geworden. Sozialdemokratisches Verfassungsverständnis im Spiegel der Weimarer Verfassungsfeiern«, in: *Solidargemeinschaft und Klassenkampf*, a. a. O., S. 193-207.

¹⁶ *Vorwärts*, 10.08.1919, zit. n. Lehnert, »Staatspartei der Republik« oder »revolutionäre Kommunisten«⁵, a. a. O., S. 95.

Dennoch blieb in der Epochenwahrnehmung einer »neuen Gegenwart« von Beginn der Weimarer Republik an unklar, was für sie spezifisch war. Erinnerungsgeschichtlich kam dies darin zum Ausdruck, daß sowohl der Verfassungstag als auch der Revolutionstag mit der neuen Epoche in Verbindung gebracht werden konnten. Während die Verfassungsfeiern die Weimarer Koalitionsparteien – MSPD, Zentrum und linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) – einnten, blieb die positiv besetzte Epochenwahrnehmung qua Revolution eine Sache der Sozialdemokraten und der USPD. Umgekehrt diente die emphatische Identifizierung der Sozialdemokraten mit der Weimarer Verfassung den Rechtsparteien oft genug dazu, den Verfassungstag bzw. das Verfassungsgedenken seines allgemeinen Gehalts zu entkleiden und als Parteiparole zu verunglimpfen.

Was in zahllosen Reden und Artikeln als »Werk von Weimar« tituliert wurde, bedeutete zum einen den Aufbau des Weimarer »Volksstaates«. Die Weimarer Reichsverfassung garantierte zum ersten Mal die demokratische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Dies begründete zuerst und vor allem die Wertschätzung der Weimarer Reichsverfassung unter reformistischen Sozialdemokraten. Daß ein »Volksstaat« den »Fürstenstaat« abgelöst hatte, war für sie das entscheidende Kriterium, das ihre Epoche von der vorangegangenen unterschied. In die gleiche Richtung zielte die starke Bedeutung des »Volks«-Begriffes in der SPD, deren lokale Parteipresse sich gerne »Volkfreund«, »Volkswacht«, »Volkszeitung« oder »Volksstimme« nannte. Erstmals gleichberechtigter Teil im Volksstaat von Weimar zu sein galt als säkulare Errungenschaft, die es wert war, mit allen Mitteln verteidigt zu werden. Die Verteidigungsbereitschaft der Sozialdemokraten für diesen Epochen Einschnitt stellte ein durchgängiges Motiv der Verfassungsfeiern der SPD dar, da sie sich von Beginn an der Gefährdung bewußt war. »Dem Durchschnittsbürger ist die aus dem demokratischen Grundgedanken erwachsende

Forderung der Gleichstellung des Arbeiters verhaßt. Dem Arbeiter aber gilt eine Republik nichts, die auf Erfüllung dieser Forderung verzichtet«, kommentierte der Vorsitzende des Kasseler Reichsbanners das zehnjährige Bestehen der Verfassung 1929. Der »Volksstaat« stand für die politische Teilhabe aller und das Mehrheitsprinzip, beides von den Sozialdemokraten im Kaiserreich besonders schmerzhaft vermißt. »Wenn der Kampf um die Staatsform auf dem Boden herzhaften Mehrheitsstrebens ausgefochten würde, dann stände die Republik wie ein Felsengebirge aus Urstein.«¹⁷

Zum anderen bestand das »Werk von Weimar« in der Sicherung der nationalen Einheit nach der Weltkriegsniederlage in der Zeit der Friedensverhandlungen. Aus Sicht der SPD bedingten Volksstaat und nationale Einheit einander. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs gab es »nur eine Möglichkeit [...], dem deutschen Volk seinen staatlichen Zusammenhalt zu bewahren: die demokratische Republik.« Daß Republik und nationale Einheit das Ergebnis der Epochenzäsur »Kriegsniederlage« waren, und nicht Diktatur und Zerfall, führte der Vorsitzende des Kasseler Reichsbanners auf die lange republikanische Tradition der SPD zurück. »Hätte nicht die Sozialdemokratie den republikanischen Gedanken in jahrzehntelangen Mühen tief in die Massen der Arbeiterschaft getragen, so wäre 1918 der Untergang des Deutschen Reiches besiegelt gewesen.«¹⁸ Aus diesem Grund stellten Sozialdemokraten eine auf die Verfassung hinführende Erziehung immer wieder in den Mittelpunkt der Verfassungsfeiern, bei denen häufig republikanisch gesonnene Lehrer in diesem Sinne sprachen.¹⁹

17 Karl August Quer, »Wir schützen die Republik«, in: *Kasseler Volksblatt*, Sonderbeilage »10 Jahre Verfassung«, 10. 08. 1929.
18 Ebd.

19 Vgl. etwa Schulrat Becherer, »Schulpolitik in der Demokratie«, in: *Kasseler Volksblatt*, Sonderbeilage »10 Jahre Verfassung«, a. a. O.

Verfassungen regeln nicht nur Partizipation, sondern auch die Ausübung von Herrschaft im Staat. Die hierzu aufgestellten Verfahrensregeln stellen einen zeit- und konstellationsbedingten Kompromiß von Kräften dar, die um die Herrschaft ringen. Sozialdemokraten sprachen von der Weimarer Verfassung auch als einem »politischen Tarifvertrag«, womit sie auf den Gründungskompromiß der Weimarer Republik zwischen den gemäßigten Teilen von Arbeiterbewegung und Bürgertum anspielten.²⁰ In dieser Bezeichnung trat die Relativität und Vorläufigkeit der Verfassung als Verhandlungsergebnis durch die Einwirkung verschiedener Kräfte hervor, die ihre Gewichte über demokratische Mehrheitsregeln bestimmten. Sozialdemokraten übersetzten den Verfassungsauftrag für sich daher gerne im Sinne der numerischen Mehrheitsbeschaffung. Dennoch: Bei allem Stolz der MSPD auf das »Werk von Weimar« gaben sie sich dennoch keinen Illusionen über die politische Attraktivität dieses Unternehmens in weiten bürgerlichen Schichten hin. »Der Bürger kann das schöne, ehrliche, deutsche Wort Verfassung nicht leiden, aber das Fremdwort Statuten hat er gern. [...] Auch die Verfassung ist nicht mehr und nicht weniger als eine Vereinssatzung. Der Verein heißt »Deutsches Reich.«²¹

Die sozialdemokratische Epochenkonstruktion des »Werkes von Weimar« kennzeichnete ein instrumentelles Verhältnis zur Verfassung, die Regeln zur Mehrheitsbeschaffung bereitstellte und auch als Übergangssituation begriffen werden konnte. Man mußte nicht so weit gehen und in den Slogans der Parteilinken einstimmen: »Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist unser Ziel«. Die Weimarer Verfassung stellte für Sozialdemokraten durch das Demokratieprinzip den unverzichtbaren Rahmen zur politischen und gesellschaftlichen

20 *Das Echo der Woche*, 07.08.1932, zit. n. Steinbach, »Aus dem Reichsfeind von früher ist der Verteidiger der Republik geworden«, a. a. O., S. 204.

21 *Vorwärts*, 10.08.1924, zit. n. Lehnert, »Staatspartei der Republik« oder »revolutionäre Kommunisten«?, a. a. O., S. 99.

Veränderung dar. Erst in der Weimarer Republik wurden Verfassungsfragen zum Anlaß genommen – nach einem Diktum von Ferdinand Lassalle –, nicht nur Rechtsfragen, sondern immer auch Machtfragen zu stellen. Die Konsequenz daraus konnte nur lauten: »Schaffen wir uns die Macht, ändern wir die Machtverhältnisse.«²²

Die beiden verfassungsdeutenden Akzente Gleichberechtigung und Macht ließen die lange Tradition des politischen Kampfs im 19. und frühen 20. Jahrhundert erkennen. Gleichzeitig durchzog die sozialdemokratischen Reden und Artikel zum Verfassungstag zuerst die Ahnung, später die Gewißheit, mit dem Insistieren auf den Errungenschaften der Verfassung zunehmend allein zu stehen. Auch die Sozialdemokraten fühlten sich im Grunde in ihrem Haus, der demokratischen Republik, nicht sicher. Dieses Gefühl, letztlich in der Minderheit zu sein, wurde kurzfristig durch den Wahlerfolg 1928 überdeckt; mit dem dramatischen Aufstieg der NSDAP bei den Septemberwahlen 1930 wurde es zur Gewißheit. Das Verfassungsgedenken nahm danach einen stärker defensiven Zug an. Spätestens nach den Juliwahlen 1932 trat die paradoxe Situation ein, die Verfassung gegen die Demokratie und ein Parlament verteidigen zu müssen, in dem die Radikalen von rechts und links zusammen die Mehrheit besaßen. Während der Konfrontation mit NSDAP und KPD in der Endphase der Weimarer Republik verlor für die Sozialdemokraten die Reichsverfassung, wie sie am 11. August 1919 in Kraft getreten war, an Bedeutung. An ihre Stelle trat der unbeugsame Wille, eine nationalsozialistische Regierung zu verhindern. Die Reichsverfassung wurde zunehmend durch die sogenannte Reserveverfassung des Artikels 48 mit einer enorm gestärkten Exekutive und einem weitgehend entmachteten Reichstag ersetzt.

22 *Vorwärts*, 11.08.1921, zit. n. Lehnert, »Staatspartei der Republik« oder »revolutionäre Kommunisten«?, a. a. O., S. 96.

Ernst Fraenkel erklärte 1932 die tiefe Ernüchterung in der SPD über die Verfassung: Der Wert der Verfassung für die Sozialdemokraten bestand in zweierlei: zum einen war durch den ersten Teil der Verfassung eine »dialektische Demokratie« errichtet worden, die es der Arbeiterbewegung ermöglichte, am Willensbildungsprozeß des Staates entscheidend mitzuwirken. »Die charakteristische Erscheinungsform der dialektischen Demokratie ist der Kompromiß.« Der Grundrechtsteil der Verfassung enthielt zum anderen zahlreiche traditionelle Forderungen der SPD und erhob sie zum verfassungsmäßig geschützten unbestrittenen Sektor des staatlichen Lebens. »Mit der Lahmlegung der dialektischen Demokratie ist in der SPD nach einer mehr als zehnjährigen Periode der Verfassungsverherrlichung der Zustand der Verfassungsernüchterung eingetreten.«²³

Diese Ernüchterung der SPD über den politischen Wert der Reichsverfassung schlug sich unter anderem in der Differenzierung in Aufgaben, Zwecke und Inhalte der Verfassung nieder. Gerne wurde unter Rückgriff auf die beiden Teile der Weimarer Verfassung zwischen Staatsform und Staatszweck unterschieden. Die Einheit der Epoche »Weimarer Republik« konnte unter dieser zweigeteilten Verfassungsvorstellung nur leiden. Hermann Heller unternahm in seiner Rede zur Verfassungsfestfeier des Deutschen Studentenverbandes 1930 im Vorfeld der Septemberwahlen den Versuch, »Freiheit und Form in der Reichsverfassung« zusammen zu denken und damit verfassungstheoretisch die Einheit der Epoche »Weimarer Republik« zu rechtfertigen. Alle Verfassungen waren nach Heller »aus dem schöpferischen Chaos einer Revolution entstanden.« Sie stellten, soweit »sie statische Form und Norm geworden sind, geformte, bis zu einem gewissen Grad

23 Ernst Fraenkel, »Um die Verfassung«, in: *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933*, hg. v. Wolfgang Luthardt, Frankfurt am Main 1978, Bd. 2, S. 41-55, hier 48, 54.

aber auch erstarrte Vergangenheit« dar. Die Formgebung blieb aber nicht allein auf die Vergangenheit bezogen. »Gegenwärtige Formkraft besitzt eine Verfassung nur insoweit, als sie lebendiger Ausdruck der tatsächlichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse ist.« Heller stellte die durch die Verfassung festgelegte Staatsform nicht den Grundrechten gegenüber, sondern verklammerte Form und Freiheit, da die »statische Form von der Dynamik der ungestalteten aber umgestaltenden Kräfte des Volkes durchblutet wird«. Der Sozialdemokrat Heller, führendes Mitglied im Hofgeismar-Kreis, versuchte beide Teile der Verfassung eng miteinander zu verknüpfen und seine Partei zum Kampf um die Einheit der Verfassung zu ermuntern: »Entscheidend für den Wert einer Verfassung ist also dieses Verhältnis von gestalteter Form und gestaltender Freiheit.«²⁴ Dieser Versuch, die Einheit der Verfassung auch unter den Bedingungen der faktisch in Kraft getretenen Reserveverfassung des Artikels 48 WRV zu retten, blieb erfolglos. Dies galt auch für die sozialdemokratische Epochenkonstruktion des »Werkes von Weimar«.

Die Differenzierung in Staatsform und Staatsinhalt erleichterte es der Masse der SPD-Parteimitglieder in der Ära der Präsidialkabinette, in der politischen Agitation die Verfassungswirklichkeit im Blick zu haben und an der Reichsverfassung festzuhalten. Im politischen Katholizismus war diese Unterscheidung in Staatsform, Staatszweck und Staatsinhalt schon wesentlich früher zu beobachten. Sie stellte für die katholische Zentrumspartei schon 1919 ebenjene Brücke dar, die benötigt wurde, um die Weimarer Republik betreten und die in der Verfassung festgeschriebene Volkssouveränität hinnehmen zu können. Im Unterschied zur Sozialdemokratie verstand sich der Katholizismus als vorpolitischer Ordnungsgedanke, was ihm die Mitarbeit an der Reichsverfassung

24 Hermann Heller, »Freiheit und Form in der Reichsverfassung«, in: *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik*, Bd. 2, a. a. O., S. 22-26, hier 22.

sung und der Regierungspolitik zu Beginn der Weimarer Republik nicht erschwerte, sondern geradezu erleichterte. Das Motto für die chronisch opportunistische Zentrumspartei lautete, »auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen« mitzuarbeiten. Der republikanische Konsens in der Zentrumspartei galt über weite Strecken dem Staat als Form, dessen Inhalt und Zweck freilich der politischen Kompromißfindung unterworfen sein sollten. So konnten Zentrumspolitiker am Verfassungstag zweierlei tun: sich auf den Boden der Republik stellen und Vorbehalte anbringen. »Scharen wir uns um das Banner Schwarz-Rot-Gold! Der Staat ist nur eine Form. Geben wir dieser Form den richtigen Inhalt.« Die schärfste Kritik bei den Verfassungsfeiern der Zentrumspartei erfuhr die Verfassungsbestimmung der Volkssouveränität (Art. 1 WRV). Die strenge Trennung zwischen Staatsform, Staatsinhalt und Staatszweck erlaubte es den katholischen Festrednern zum Verfassungstag, die Weimarer Verfassung als »weltgeschichtliche Tat im staatlichen Leben der Deutschen und Höherentwicklung zu Freiheit und Selbstbestimmung« zu würdigen. Dem Treuegelöbnis zum neuen Staat folgten aber sofort zahlreiche Einwände zur inhaltlichen Ausgestaltung der nur als Form wahrgenommenen Republik. Aus der Sicht des politischen Katholizismus war das republikanische Selbstverständnis, das man an den Tag legte, im entscheidenden Punkt ablösbar von der Staatsform Republik.²⁵ Anders als bei der Epochenkonstruktion »Kaiserreich« überwogen im Gedenken an das »Werk von Weimar« die Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Katholiken. Wer den schlechterdings fundamentalen Basisatz des Volksstaates von Weimar »Die Staatsgewalt geht vom Volke aus« nicht-ratifizieren konnte, war schwerlich in

25 *Fuldaer Zeitung*, 13.08.1924; 10.08.1924. Vgl. Georg Kotowski, »Auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen! Der politische Katholizismus«, in: *Politische Identität und nationale Gedenktage*, a. a. O., S. 159-180.

der Lage, mit seinem Koalitionspartner zu einer gemeinsamen Epochenkonstruktion »Weimarer Republik« zu kommen.

Dennoch kam es auch im Zentrum zu einer republikanischen Epochenkonstruktion, die derjenigen der SPD nahe kam. Eine Brücke stellte die Unterscheidung in »Grund« und »Träger« der Volkssouveränität dar, die für die *Germania*, das Zentrumsblatt der Reichshauptstadt, keine Einheit bildeten. Ihren Epochenkonsens mit den Verfassungsgebern in MSPD und DDP drückte sie so aus, daß das Volk Träger der Staatsgewalt war, was eine »glatte Anerkennung der Republik« darstelle. Eine andere Brücke baute die *Kölnische Volkszeitung*, das Organ des rheinischen politischen Katholizismus, beim 10. Jahrestag der Reichsverfassung 1929. In der Situation der von Chaos und Rechtslosigkeit bestimmten Weltkriegsniederlage sah sie die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 – und nicht den 11. August 1919! – als Anstoß der zweiten Reichsgründung, da hierdurch wieder Recht und Ordnung hergestellt worden seien. Bei den Januarwahlen 1919 hatte das Zentrum besonders erfolgreich abgeschnitten und so eine starke Verhandlungsposition in der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar gewonnen.²⁶

Die erneuerte Kulturkampfsituation am Ende der Weimarer Republik ließ indessen derlei Differenzierungen und Annäherungen zurücktreten. Nunmehr kamen wieder die älteren großen Muster des Antiliberalismus, gepaart mit einem vehementen Antisozialismus aus dem 19. Jahrhundert, zum Tragen. Lange vor der Machtergreifung Hitlers war der Konsens der verfassungsgebenden Kräfte des Katholizismus, des Linksliberalismus und der SPD damit aufgekündigt. Die Weimarer Republik war von Zentrumsseite in ältere politi-

26 *Germania*, 22.01.1922; *Kölnische Volkszeitung*, 18.01.1929, zit. n. Kotowski, a. a. O., S. 167, 173.

sche Konfliktmuster und damit übergreifende Epochenkonstruktionen eingeordnet worden.²⁷

»Ohne Demokratie niemals Sozialismus«:
Die Revolutionsfeiern

Das sozialdemokratische Revolutionsgedenken blieb in den ersten Jahren der Weimarer Republik zumeist Rückschau und weniger Ausblick auf die Zukunft. Die Revolutionsfeiern waren ein deutliches Zeichen für die politische Defensive, in die die Mehrheitssozialdemokratie geraten war. Sozialdemokraten verteidigten die Revolution schon vom ersten Jahrestag der Novemberrevolution an und wiesen entschieden die Angriffe von rechts auf die »Novemberverbrecher« und die Republik zurück. Philipp Scheidemann, der die Republik am 9. November 1918 ausgerufen hatte, wandte sich in seiner Rede zur Revolutionsfeier 1922 der Vorgeschichte des 9. November zu. Das Epochenereignis dieses Tages lag für ihn nicht in der revolutionären Energie der Kieler Matrosen, sondern im Zusammenbruch der alten Ordnung. »Zwar ist dieser Tag der Geburtstag der deutschen Republik, aber nicht als Folge einer Revolution, die mit wehendem Haar und ehernen Sandalen an den Füßen das Land durchbrauste, sondern als die Folge eines militärischen und staatlichen Zusammenbruchs, wie ihn die Welt bis dahin noch nicht gekannt hatte.« Um den Charakter und das Ergebnis der Novemberrevolution zu verdeutlichen, stellte er neben die Losungen der französischen Revolution »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« die Ziele der jungen Republik »Frieden, Brot und Freiheit« und die Herausforderungen der Gegen-

27 Vgl. hierzu den schon klassischen Beitrag von Ernst-Wolfgang Böckenförde, »Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Eine kritische Betrachtung«, in: ders., *Der deutsche Katholizismus im Jahr 1933. Kirche und demokratisches Ethos*, Freiburg 1988, S. 39-69.

wart »Führung, Frost und Fremdherrschaft«. Seine Ausführungen gingen im einzelnen auf die Sachzwänge ein, unter denen die junge Republik stand. Die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte tauchten in Scheidemanns Rede zur Revolutionsfeier genauso wenig auf wie der Rat der Volksbeauftragten, dem er angehört hatte. Der ehemalige Reichsministerpräsident war sichtlich bemüht, die gegen ihn persönlich erhobenen Vorwürfe von rechts und links einzeln zurückzuweisen.²⁸

Dies war gegen die politische Rechte formuliert. Gegen die Opposition von links hielten Weimarer Sozialdemokraten eine Konstante ihrer Zukunftserwartung: die enge Verbindung von Demokratie und Sozialismus. Die durch die Revolution errungene Weimarer Demokratie war für reformistische Sozialdemokraten die unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus. Sie gingen mithin davon aus, daß der Sozialismus und die soziale Revolution notwendig auf der Demokratie aufbauten. Der Weg zur parlamentarischen Mehrheit war der einzige Weg zum Sozialismus. Die eigene Stärke und die vergangenen Wahlerfolge gaben den reformistischen Parteifunktionären das nötige Vertrauen für diese Erwartung. War die Arbeiterschaft nicht dazu imstande, die demokratische Mehrheit zu gewinnen, so konnte sie ihre Lage auch nicht mit anderen Mitteln verbessern. »Am allerwenigsten wird ihr der Schrei nach Diktatur, komme er von rechts oder links, helfen können.«²⁹ Das wesentliche Hindernis, eine eigene Mehrheit nicht erringen zu können und damit den Weg zum Sozialismus nicht weiter beschreiten zu können, erblickten die Sozialdemokraten in der Spaltung der Arbeiterbewegung, d. h. im Kampf der USPD und der KPD gegen die SPD. Die Aufrufe zur Einheit der Arbeiterbewegung hatten neben der dadurch aussichtsreicheren Verteidigung

28 Rede Philipp Scheidemanns auf der Kasseler Revolutionsfeier, in: *Kasseler Volksblatt*, 10. 11. 1922.

29 *Kasseler Volksblatt*, 08. 11. 1924 (Zum 9. November).

der Republik vor allem diese Zukunftserwartung im Blick, die durch nichts so sehr gefährdet wurde wie durch den Kampf der Arbeiterparteien gegeneinander.

Die Haltung zur Demokratie bildete das Schibboleth der gegensätzlichen Zukunftserwartungen in der Arbeiterbewegung. Die Kommunisten, zahlreiche Unabhängige Sozialdemokraten und die Linksoption in der SPD gingen von einem Phasenmodell für den Aufbau des Sozialismus aus: Der Sozialismus löst die demokratische Republik als eine eigenständige Epoche ab. Dagegen kam für die Mehrheit der Sozialdemokraten nur ein evolutionäres Modell in Frage. Der Sozialismus kann nur aus der Demokratie heraus entstehen. Demokratie stellte kein Instrument oder eine zu vernachlässigende Größe für den Aufbau des eigentlichen Sozialismus dar. Sie war wesentlicher Bestandteil des sozialistischen Zukunftsprojektes selbst, ganz so, wie es auf der Linie Eduard Bernsteins reformistische Theoretiker schon vor 1914 formuliert hatten. Demokratie und Sozialismus gehörten nach reformistischer Überzeugung ein und derselben Epoche an, nicht zweien.³⁰

Den Epochenfortschritt hin zur demokratischen Republik in der Revolution 1918/19 unterstrichen Sozialdemokraten, indem sie die Revolution – abweichend von manchen Äußerungen beim Reichsgründungsgedenken – als scharfen Epochenbruch zur Monarchie interpretierten. Scharf gegen die Reaktion von rechts gerichtet, dichtete das *Kasseler Volksblatt* zum zehnten Jahrestag der Revolution:

³⁰ Aus der umfangreichen Literatur zum sozialdemokratischen Reformismus und zur Theoriediskussion der SPD vgl. *Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik*, hg. v. Horst Heimann/Thomas Meyer, Berlin/Bonn 1982; *Solidargemeinschaft und Klassenkampf*, a. a. O.; Dietmar Klenke, *Die SPD-Linke in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Münster 1983; Benno Fischer, *Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 1987.

»Und möchten, die sich damals verkrochen,
Rückdrehen auch der Weltgeschichte Rad:
Tot bleibt der Schutt vergangener Epochen,
Doch Leben sprießt aus der Novembersaat!«³¹

Gegen die Angriffe der rechten Monarchisten stellten Sozialdemokraten gerne Details aus der Novemberrevolution, um die Feigheit der Monarchisten, die keinen Finger für ihren Kaiser rührten, bloßzustellen und um das sang- und klanglose Ende der Hohenzollern-Monarchie und »Wilhelms des Letzten« auf seiner Autofahrt nach Holland zu illustrieren. Im Gegensatz zum Verhalten der Generäle und Offiziere sicherten Sozialdemokraten tatkräftig und entschlossen die Demokratie und die Einheit des Reichs. Das Unzeitgemäße an der monarchistischen Reaktion spießten Philipp Scheidemann, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im preußischen Landtag, Ernst Heilmann und andere auf, wenn sie die Monarchie als eine Kinoangelegenheit porträtierten, nicht aber als eine ernstzunehmende politische Forderung.

Zahllose Revolutionsreden betonten immer wieder die Übereinstimmung mit den sozialdemokratischen Grundsätzen von vor 1914, bei denen man auch an Revolution *und* Koalition festgehalten habe. Die Epochenchwelle 1918/19 berührte alles, nur nicht die Prinzipien der Sozialdemokratie, die weiterhin mit sich identisch blieb. Diejenigen, die dies immer wieder beim Revolutionsgedenken wiederholten, richteten sich gegen die kommunistische und unabhängige Kritik, die den Sozialdemokraten Verrat unterstellt hatte. Die SPD war in ihrer Selbstwahrnehmung beides, Arbeiterpartei und Regierungspartei, und rang ständig darum, beides zur Deckung zu bringen. Die Verantwortung für die Spaltung der Arbeiterbewegung lag aus ihrer Sicht bei denen, die den revolutionären Epochen Einschnitt, der Demokratie und Republik gesichert hatte, nicht zu schätzen wußten.

³¹ *Kasseler Volksblatt*, Sonderbeilage *9. November*, 09. 11. 1928.

Der politische Katholizismus hingegen kannte keine Revolutionsfeiern, weil er in der Revolution nur den gewaltsamen Umsturz sah. Dennoch stellte sich der weitaus überwiegende Teil der Zentrumspartei auf den Boden der geschaffenen Tatsachen. Der Zentrumsvorsitzende Carl Trimborn legte 1920 ein Bekenntnis zur Republik und zur parlamentarischen Konstitutionsregierung ab. »Aus der Revolution wurde die Republik geboren. Trotz der scharfen Verurteilung der Revolution haben sich die Zentrumsfraktionen [...] auf den Boden der Republik gestellt und mit Demokraten und Sozialdemokraten eine Regierung gebildet.«³² Einer der Wortführer der Gegenposition war der Münchener Kardinal Faulhaber. Zum einen lehnte der Kirchenfürst den Gedanken der Volkssouveränität entschieden ab, was er 1921 beim Begräbnis des bayerischen Königspaares in der Münchener Familiengruft drastisch zu Protokoll gab: »Wo das Volk sein eigener König ist, wird es über kurz oder lang sein eigener Totengräber werden.«³³ Wenig später bestritt er auf dem Münchener 62. Katholikentag, Ende August 1922, vehement die Legitimität der Republik. »Die Revolution ist Meineid und Hochverrat und wird mit einem Kainszeichen gezeichnet bleiben, auch wenn sie da und dort gute Erfolge hatte neben schlechten, denn eine Untat kann aus Grundsatz nicht heiliggesprochen werden.«³⁴ Dem widersprach scharf der Kölner Oberbürgermeister und Katholikentagspräsident Konrad Adenauer, ein Vertreter der republikanisch gesonnenen Richtung. Die Kontroverse legte die Brüchigkeit des republikanischen Konsenses im politischen Katholizismus schonungslos offen. Selbst Adenauer und der ehemalige Reichskanzler Josef Wirth, beide über-

32. Offizieller Bericht des Ersten Reichsparteitages der deutschen Zentrumspartei 1920, Berlin 1920, S. 6.

33. Zit. n. Hans Mommsen, *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933*, Frankfurt am Main 1989, S. 167.

34. Zit. n. Hagen Schulze, *Weimar. Deutschland 1917-1933*, Berlin 1983, S. 208.

zeugt, Republikaner, verbanden damit keine weiterreichenden Zukunftserwartungen, sondern den festen Willen, auf dem gegebenen Boden nüchtern an der Aufrechterhaltung staatlicher Ordnung, nationaler Einheit und katholischer Interessen mitarbeiten zu wollen. Die Treue zur Weimarer Verfassung, die der katholischen Kirche weitgehende Rechte garantierte, prägte die Zentrumspolitik bis 1928, als mit dem Prälaten Kaas ein Befürworter des autoritären Verfassungsumbaus den Zentrumsvorsitz übernahm. Seine politischen Erwartungen entfernten sich zunehmend von dem politischen Gründungskonsens, der sich 1918/19 ausgebildet hatte.

Resümee: »Unserer Erbschaft ist kein Testament vorausgegangen«

Die Weimarer Republikaner waren zur Deutung ihrer eigenen Epoche genötigt, weil – nach einem Zitat von René Char aus gänzlich anderem Zusammenhang – ihrer Erbschaft kein Testament vorausgegangen war. Am weitesten ging die SPD, indem sie die Weimarer Republik durch die Errichtung der parlamentarischen Demokratie deutlich vom Kaiserreich absetzte und als eigene, neue Epoche wahrnahm. Gleichzeitig erklärte sie die Demokratie zu einem unüberholbaren Epochenfortschritt, der auch durch den Sozialismus nicht mehr revidiert werden könne. Das Zeitalter der Demokratie hatte für die reformistische Sozialdemokratie 1918/19 begonnen.³⁵ Im Zentrum kam es nur sehr bedingt zu einem eigenen Epochenbegriff der Weimarer Jahre. Die republikanischen Kräfte im Zentrum standen einem tief verwurzelten vorpolitischen Selbstverständnis der Ordnungsformation Katholizismus gegenüber, dem Republik und Demokratie mehrheitlich äü-

35. Vgl. Wladimir Woytynski, »Der Vormarsch der Demokratie«, in: *Die Gesellschaft*, Bd. 4, 1927, S. 397-420.

ßerlich blieben. Ausnahmen fanden sich hier unter Laien und einigen Intellektuellen.³⁶

Relativ leicht war unter den republiktragenden Kräften Konsens über die Vergangenheit zu erzielen. Die Reichsfeinde von vor 1914 kamen naturgemäß zu einer ähnlichen Kritik an der Reformunfähigkeit des Kaiserreichs. Die oberflächlich gemeinsame Epochenkonstruktion des »Werkes von Weimar« verdeckte jedoch die abweichenden Bedeutungen, die Zentrum und SPD der Arbeit der Nationalversammlung beilegen. Die Weimarer Republik bedeutete für beide politischen Milieus erstmals die verfassungsmäßige Gleichberechtigung ihrer Klientel. Die größte Übereinstimmung zeigten beide Lager, sobald sie von dritten angegriffen wurden. Die Gemeinsamkeiten in der Epochenbestimmung verdankten sich daher in der Regel einer verbindenden defensiven Einstellung. Die Unterschiede zwischen beiden Lagern traten am deutlichsten zutage in den Zukunftserwartungen, d. h. bei der Diskussion des politischen Richtungssinnes der Epoche. Hier hielten Sozialdemokraten, allen Anfeindungen von rechts zum Trotz, am demokratischen Sozialismus fest, der keine neue Epoche darstelle, sondern die logische Konsequenz aus der Demokratie sei.

Die Zentrumspartei wies dies scharf zurück. Ihre Zukunftsvorstellungen waren nicht zu trennen von den Rekatolisierungsabsichten der katholischen Kirche, die ihre schärfsten Vertreter übrigens gerade in den kirchlichen Aufbruchsbewegungen fand. Im Unterschied zur Sozialdemokratie war im Katholizismus ein deutlicher Stimmungsaufschwung nach dem Ersten Weltkrieg zu erkennen. War die katholische Frömmigkeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluß des Herz-Jesu-Kultes vor allem depressiv, defensiv und antimodern,³⁷ so breitete sich in den

36 Vgl. Karl Muth, »Res publica 1926. Gedanken zur politischen Krise der Gegenwart«, in: *Hochland*, Bd. 24, 1926/27, S. 1-14.

37 Vgl. Norbert Busch, *Katholische Frömmigkeit und Moderne. Zur Sozial-*

zwanziger Jahren ein Gefühl der Hochstimmung und des Triumphalismus aus. Der Gegensatz zur sozialdemokratischen Epochenwahrnehmung konnte kaum stärker sein. In der SPD überwog nach der euphorischen Siegesgewißheit des Kaiserreichs jetzt eine defensive-Gegenwarts- und Epochen-Deutung, gerade weil sich die reformistische SPD mit dem »Werk von Weimar« identifizierte.

Georg Deckers Kritiker drehten seinen paradoxen Befund schließlich um. Der SPD-Reichstagsabgeordnete Franz Petrich vom linken Parteiflügel sah in der nüchternen Epochenbeschreibung Deckers »einen schwer fassbaren Relativismus« sowie die »neueste Anpassungstheorie« und widersprach kategorisch: »Eben weil die neue Wahrheit nicht mehr schön ist, ist sie auch nicht wahr.«³⁸ Petrichs Kritik an Dekker wies auf den wunden Punkt der sozialdemokratischen Wahrnehmung und Deutung der Epoche hin. Um die Epoche von Weimar als neu zu charakterisieren, mußte die SPD tatsächlich Abschied nehmen von der alten Schönheit einer handlungsbelasteten Klassenkampfrhetorik in der Opposition. Ihr Dilemma bestand nicht zuletzt darin, eine neue Gegenwart auszurufen, ohne daß die Mehrheit der Parteiaktivisten eine neue Wahrheit gefunden hatte. Für die Kritiker Deckers war der Übergang zur Weimarer Republik keine Epochenchwelle. Ihr Geschichtsbild stand dem Deckers unversöhnlich gegenüber: *le plus ça change, le plus la même chose*.

und Mentalitätsgeschichte des Herz-Jesu-Kultes in Deutschland zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, Gütersloh 1997; Philipp Funk, »Kritisches zum neuen katholischen Selbstgefühl«, in: *Hochland*, Bd. 22, 1924/25, S. 233-237.

38 Franz Petrich, »Kritik der Opposition«, in: *Die Gesellschaft*, Bd. 5, 1930, S. 454-461.